

Teuerung:

Die Regierung schützt die Reichen und lässt die Masse der Bevölkerung dafür zahlen und leiden

Inflation, Mieten, Energie- und Lebenshaltungskosten, Pflege, Gesundheit, Arbeitsdruck: Die Regierung lässt die arbeitenden Menschen schuften und zahlen, während die Konzerne in Gewinnen schwimmen.

Die Preise steigen nicht von selbst, sie werden von den Unternehmern angehoben, um ihre Profite zu sichern oder gar im Windschatten von Pandemie und Krieg noch zu steigern.

Betriebe als Corona-Profiteure

Im Jänner wurde, sozusagen offiziell bekanntgemacht, usw. von Nationalbank (ÖNB) und Rechnungshof, dass sich Betriebe dank der Corona-Hilfen sanierten. Stand Ende Jänner 2023 haben 235.000 heimische Betriebe die 1,3 Millionen Zuschussanträge gestellt haben, Coronahilfen bekommen. Nach Auswertung von 122.000 Unternehmensbilanzen durch die Studie der ÖNB ergab sich, dass die Bankguthaben von Firmen um 17,5% und die Vermögenswerte um 4,4% gegenüber dem Vor-Corona-Jahr angestiegen sind.

Gierflation

Als Grund der hohen und nicht sinkenden Inflation erklären uns die „Experten“ wie die Minister Brunner und Kocher oder der neue IHS-Chef Bonin, dass man nicht in den Markt eingreifen dürfe, weil ja die hohen Lohn- und Gehaltsabschlüsse an der Teuerung schuld seien. Doch die Wahrheit ist, dass die Lohnabschlüsse immer erst ein Jahr später stattfinden, den Preissteigerungen also nachhinken.

Preise werden erhöht, Profite steigen, Löhne sinken. AK-Dividenden-Report

Vor allem die Energiekonzerne machen Riesenprofite, aber auch Banken, Autokonzerne, Vermieter oder die Lebensmittelindustrie. Allein die an der Wiener Börse im ATX-Index notierenden Unternehmen sahen ab wie noch nie. OMV,

Verbund und Erste Group zahlen jeweils die höchsten Dividenden ihrer Geschichte. 17 der 20 ATX-Firmen kommen auf 14,7 Mrd. Euro Gewinn und wollen insgesamt 5,5 Mrd. Euro an die Aktionäre ausschütten. Das wären um 58% mehr als im Vorjahr. Wenn noch die voestalpine, AT&S und Do&Co dazukommen rechnet die AK mit 6 Mrd. Euro an Dividenden, das wäre drei Mal so viel wie im langjährigen Schnitt. Die OMV allein hatte 2022 einen Nettogewinn von 5,2 Mrd. Euro. Der Verbund verdoppelte seinen Gewinn.

Die Raiffeisenbank International (RBI) schrieb 3,6 Mrd. Euro Gewinn. Alle österreichischen Banken zusammen, haben im Jahr 2022 laut Nationalbank (ÖNB) ihren Gewinn von 6,1 auf 10,2 Mrd. Euro, also um 67% erhöht. Aber man muss keine Bank sein, um im Geld zu schwimmen.

Auch die Autokonzerne fuhren fette Gewinne ein: Die weltweit 16 größten Hersteller erzielten trotz weniger Verkäufen im Vorjahr 157 Mrd. Euro Gewinn – ein Plus von 16%.

Die Lebensmittelkonzerne wiederum reduzierten Verpackungsinhalte und erhöhten die Preise. Besonders abscheulich ist ihr jüngste Profitraubzug: Besonders die Produkte der sonst billigeren Eigenmarken wurden extra stark erhöht. Laut aktuellem „Preismonitor“ der AK sind nunmehr die günstigsten Nahrungs- und Reinigungsmittel in den Supermärkten um 20 bis 35% teurer als vor einem Jahr. Die jeweils günstigsten Drogerieprodukte wurden um bis zu 33% verteuert. Bei einzelnen ausgewählten Produkten hat sich der Preis verdoppelt oder in manchen Fällen sogar verfünffacht!

Gleichzeitig sind laut WIFO im Jahr 2022 die Löhne pro Kopf preisbereinigt und netto um über 3% gesunken! Das trifft vor allem Menschen mit wenig Einkommen nochmals besonders stark und verschlimmert ihre existenzielle Lage katastrophal.

Wohnen wird zum unbezahlbaren Luxus

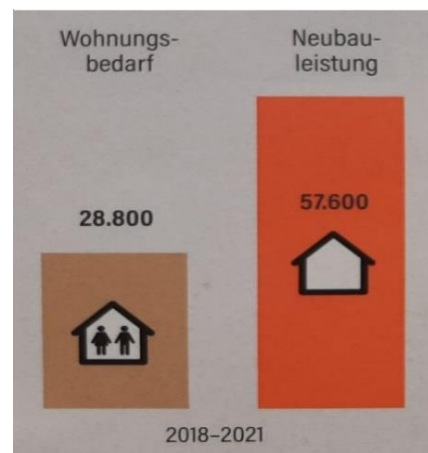
Genauso brutal lässt die Regierung der Reichen, Banken und Konzerne die Mieter für die Immobilienbesitzer und Vermieter bluten.

Die Hausherrenpartei ÖVP schützt mit Hilfe der Grünen die Profite der Vermieter. Deren Gewinne sind gewaltig und haben enorme negative Auswirkungen auf die Bevölkerung: Allein 2022 wurden die Kategorie-mieten dreimal um je 5% erhöht – also in Summe um 15%. Private Neubaumieten wurden 2022 um 10% teurer gemacht. Ab 1. April wurden die Altbau-mieten um 8,6%, ab 1. Mai die Richtwertmieten für Bestandsverträge um 8,5% angehoben. Und im Juli werden erneut die Kategoriemieten um 5% erhöht!

Die AK rechnet vor, dass die Immobilienbranche auf Kosten der Mieterinnen kräftig absahnt: Während die Wirtschaftsleistung von 2008 bis 2022 um 51% und die Inflation um 36% stieg, haben sich die Mieteinnahmen von Immobilienfirmen & Co mehr als verdoppelt, sind um 121% explodiert!

Die Mieterhöhungen sind also durch nichts begründet, treiben die Teuerung unverhältnismäßig an und führen auch dazu, dass die Hausherren die Mieten erneut raufsetzen. Ein stetiges Füllhorn für die einen, eine Armutsspirale für die anderen.

Spekulanten am Werk



Quellen: Statistik Austria, IFIP 2022, AK

Weder verursachen „zu hohe Lohnabschlüsse“ noch die Inflation die hohen Mieten. Auch gibt es keine Wohnungsknappheit. Was ist dann die Ursache?

Eine AK-Studie weist nach, dass es z.B. in Wien ein Überangebot an Wohnungen gibt, aber es deshalb trotzdem keine günstigeren Mieten gibt, im Gegenteil. So wurden zwischen 2018 und 2021 in Wien 57.600 neue Wohnungen gebaut, aber der Wohnungsbedarf ist nur halb so hoch: knapp 30.000 Wohnungen. Grund ist, dass nicht fürs Wohnen, sondern fürs Anlegen gebaut wird. Das zeige, so die AK, dass Spekulanten am Werk sind, etwa Investmentfonds. Sie würden ihr Geld in neuen, frei finanzierbaren Wohnungen parken. Diese Wohnungen stehen leer und die Investor:innen verdienen trotzdem forlaufend an der Wertsteigerung. *„Gleichzeitig treibt die Spekulation die Preise für Bauland ins Unermessliche und verhindert, dass leistbarer Wohnraum gebaut werden kann. Der freie Markt schafft keinen leistbaren Wohnraum, das muss die Politik regeln“*, so die Arbeiterkammer. (<https://wien.arbeiterkammer.at/meinestadt>).

Mieten dauerhaft runter und Leerstandsabgabe

Die AK fordert daher eine Mietpreisbremse und eine Leerstandsabgabe. Selbst der neoliberale WIFO-Chef Gabriel Felbermayr meint, dass eine Mietpreisbremse nötig sei, um die Teuerung in den Griff zu bekommen.

Eine Studie der Statistik Austria und des IHS („So geht's uns heute“) zeigt, dass 30 Prozent der Befragten (3.500 Menschen in Österreich zwischen 16 und 69 Jahren) in den nächsten drei Monaten Zahlungsschwierigkeiten bei Miete, Wohnkredit, Wohnnebenkosten oder Betriebskosten befürchten.

Generell können fast 20 Prozent der Befragten ihre Lebenskosten nur schwer durch ihr Einkommen bestreiten. Fast 30 Prozent gaben an sich schwer zu tun überhaupt mit ihrem Einkommen auszukommen.

Profit-Preis-Pakt von Industrie und Regierung

Das heißt es gibt keine Lohn-Preis-Spirale, sondern eine Profit-Preis-

Spirale. Und diese Profit-Preis-Spirale wird zur Armutsfalle für immer größere Teile der Bevölkerung.

Beim sogenannten Mikrowarenkorb sind die Preise im Schnitt um fast 17% gestiegen. Einzelne Produkte wurden sogar um 70, 100 und mehr Prozent teurer gemacht. Immer mehr Menschen müssen sich für das tägliche Leben verschulden. 1,55 Millionen Menschen in Österreich sind schon arm oder armutsgefährdet! Allein 353.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren waren 2022 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.

Statt sofort zu handeln, kündigt wie zum Hohn jetzt die Bundeswettbewerbsbehörde, eine „verschärfte Prüfung“ der Lebensmittelpreise an. Wie? Sie fordert 13 Internet-Lebensmittelhändler auf, ihre Preisgestaltung offenzulegen. Davor seien bereits 1.500 Lieferanten der vier großen Supermarktketten sowie die Händler befragt worden. Ein Ergebnis der Prüfkation soll es im Herbst geben. Während die Gewinne der Firmen inzwischen munter weiter fließen, müssen wir immer mehr zahlen.

Verhaltensoriginell, aber in Wirklichkeit auch eine Verhöhnung der Betroffenen, ist Brunners jüngster Vorschlag, dass der Handel doch für drei Monate freiwillig Preiserhöhungen bei Lebensmitteln aussetzen solle.

Profitwölfe im Almosen-Schafspelz

Das sind also die „Anti-Teuerungs-Maßnahmen“ der Regierung – ganz nach dem Geschmack der Industrie: Bla, bla, bla und Schaumschlagen, während die Konzerne weiter abkassieren. So sagte zu alledem der smarte, treuherzig blickende und sanftmütig sprechende aber in der Sache knallharte Finanzminister: *„Die Inflation ist weiterhin viel zu hoch – keine Frage. Unser Job ist zu unterstützen, das haben wir massiv gemacht.“* (Wiener Zeitung, 18.4.23)

Tatsächlich: **Der Finanzminister macht seinen Job – für die Konzerne und Banken.** Durch einseitige Förderungen und Überförderungen für die Firmen, durch Nicht-handeln bei Gas-, Fernwärme-, Lebensmittel- oder besonders bei den Mietpreisen. Während die Unterneh-

mer und Konzerne ständige Erleichterungen in Milliardenhöhe und auf Dauer erhalten, wird die Bevölkerung mit Einmalzahlungen, also mit Almosen abgespeist, die sofort verpuffen.

Zudem bezahlen die arbeitenden Menschen nicht nur diese Einmalzahlungen selbst, sondern auch die üppigen Unternehmensförderungen, weil das Budget des Finanzministers ja zu 80% aus den Steuerzahlungen und Abgaben der Masse der Bevölkerung besteht.

Deswegen beharren die Regierung und ihr Finanzminister auf ihre Vorgangsweise. Sie schützen die Unternehmer indem sie die arbeitenden Menschen nicht entlasten, sondern weiter belasten. Miet-, Gas-, Lebensmittelpreissbremsen usw. würden die Profite der Unternehmer schmälern. Deshalb auch wird eine Vermögens- und Erbschaftsteuer von der Wirtschaft und ihrer Unternehmer-Regierung entschieden abgelehnt und ausgeschlossen. Ganz zu schweigen von einer Wertschöpfungsbesteuerung. So eine Besteuerung der Millionäre und der Wertschöpfung würde nämlich die über die Jahrzehnte aus der Arbeit aller Menschen zusammengerafften Vermögen der Profiteure und Reichen wirklich angreifen und eine Umverteilung zu jenen bewirken, die es wirklich brauchen.

Damit könnte der Finanzminister bei den Wähler:innen punkten. Denn die Mehrheit der Österreicher:innen ist für eine Vermögenssteuer: je 60% in der obersten Klasse (oberen 10% der Einkommen) und untersten Klasse (unteren 50% der Einkommen) und sogar 70% in der mittleren Klasse (mittlere 40% der Einkommen) sind dafür. Aber die Lebensumstände der arbeitenden Menschen interessieren Finanzminister Brunner, Kanzler Nehammer und Konsorten nicht. Sie hören auf die und folgt den Zurufen aus Industriellenvereinigung, Konzernen, Banken und Wirtschaftskammer.



Nummer 162

Solidarität

unsere Chance

Mai 2023

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com
